



## Länderreport Deutschland

### Ist Elternmitarbeit im deutschen Schulgesetz und in Schulerlassen verankert?

Die Bundesrepublik Deutschland besteht aus 16 Bundesländern. Im Rahmen der Kulturhoheit liegt die Zuständigkeit für das Schul- und Hochschulwesen bei den Ländern. Daher unterscheidet sich das Schulsystem und die entsprechenden Schulgesetze von Bundesland zu Bundesland. Eine Abstimmung zwischen den Ländern erfolgt über die „Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder“ (KMK), einem freiwilligen Zusammenschluss der für Bildung, Erziehung und Forschung sowie kulturelle Angelegenheiten zuständigen Minister bzw. Senatoren der Länder.

Die Schulgesetze aller Bundesländer gehen jedoch davon aus, dass Eltern und Schule gemeinsam die Verantwortung für die schulische Bildung und Erziehung tragen. Eltern haben nach den entsprechenden schulrechtlichen Bestimmungen sowohl das Recht als auch die Pflicht an der schulischen Erziehung mitzuwirken.

Nach dem Niedersächsischen Schulgesetz wirken die Erziehungsberechtigten in der Schule mit durch: Klassenelternschaften, den Schulleiternrat, Vertreterinnen und Vertreter im Schulvorstand, in Konferenzen und Ausschüssen (Nds. Schulgesetz § 88).

#### Welche Eltern verdienen besondere Aufmerksamkeit?

Die Schulgesetze und Schulordnungen der Bundesländer beziehen sich in der Regel auf die Elternarbeit im Allgemeinen.

Im § 90 des Niedersächsischen Schulgesetzes wird explizit auf die Erziehungsberechtigten der „ausländischen Schülerinnen und Schüler“ Bezug genommen. Dort heißt es: „Wird eine Schule von mindestens zehn ausländischen Schülerinnen oder Schülern besucht und gehört von deren Erziehungsberechtigten niemand dem Schulleiternrat an, so können diese Erziehungsberechtig-

ten aus ihrer Mitte ein zusätzliches Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied des Schulleiternrats wählen.“

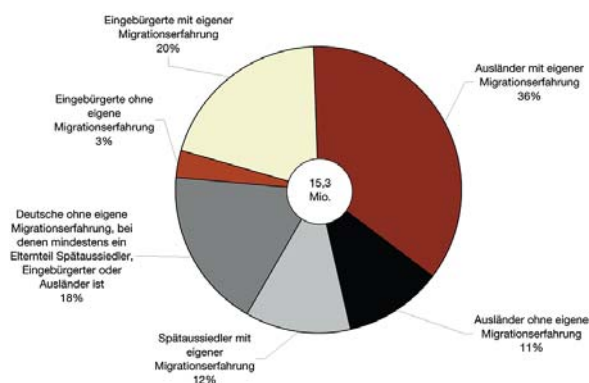
Die Formulierung „ausländische Schülerinnen und Schüler“ verweist auf eine grundsätzliche Problematik. „Migration ist kein einheitlicher sozialer Sachverhalt, birgt vielmehr eine starke Heterogenität von Zuwanderungskonstellationen und kulturellen Identitäten in sich, die vor allem für die Bildungsintegration relevant sind.“ (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S. 139) In der amtlichen Statistik wurde bis vor einigen Jahren die Zuwanderung über das an der Staatsangehörigkeit orientierte Ausländerkonzept erhoben. Die ausschließliche Erfassung der Staatsangehörigkeit ist jedoch kein ausreichender Indikator für den Migrationshintergrund. Mit dem Mikrozensus 2005 liegen erstmals für die gesamte Bevölkerung Deutschlands repräsentative Daten zu folgenden Merkmalen vor:

- Staatsangehörigkeit
- Geburtsort in Deutschland oder außerhalb
- Zuzugsjahr
- Einbürgerung
- Staatsangehörigkeit, Einbürgerung und Geburtsort beider Eltern sowie für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die mit ihren Eltern in einem gemeinsamen Haushalt leben, analoge Angaben zu den Großeltern. (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S. 139).

Nach dieser komplexen Definition des Migrationshintergrunds hat mehr als jedes vierte Kind und jeder vierte Jugendliche in Deutschland einen Migrationshintergrund (ebda. S. 178) In den einzelnen Regionen Deutschlands ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund recht unterschiedlich. In Westdeutschland haben rund 21% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, in Ostdeutschland nur 8% (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S.11).

Einer weiteren Ausdifferenzierung in den Schulstatistiken stehen in allen Bundesländern datenschutzrechtliche Bestimmungen entgegen. Einige Bundesländer erheben jedoch weitere Indikatoren wie Sprache im Haushalt. Auf die Bedeutung der Sprache verweisen Erhebungen der OECD, wonach durch fehlende Sprachpraxis in der Familie gut die Hälfte des Leistungsrückstands von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund erklärt (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S. 175).

Abbildung 4: Migrationshintergrund der Bevölkerung 2005



Diese eingeschränkte Datenlage ist deshalb problematisch, weil sich in internationalen Vergleichsstudien zeigt, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund deutlich geringere Bildungserfolge erzielen als solche ohne Migrationshintergrund. Damit ist jedoch keine Aussage getroffen, ob diese Ergebnisse in erster Linie kulturell oder durch die Migration selbst bedingt oder aber schichtenabhängig sind.

Aufgrund der mangelnden Bildungserfolge von Jugendlichen rücken Eltern mit Migrationshintergrund sowie bildungsferne Eltern in den Mittelpunkt des Interesses.

Das Thema „Migration und Bildung“ wurde von der Kultusministerkonferenz bereits in früheren Jahren aufgegriffen. So veröffentlichte die Kultusministerkonferenz 2002 den Bericht „Zuwanderung“, der sich mit der Situation von Migranten beschäftigt und in dem Zielvorstellungen für die Integration und Förderung von Kindern und Ju-

gendlichen mit Migrationshintergrund formuliert wurden. 2006 erschien eine Fortschreibung des Berichts. Im selben Jahr veröffentlichte die Kultusministerkonferenz (KMK) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen ersten Bildungsbericht mit dem Schwerpunkt „Bildung und Migration“. 2007 wurde der Nationale Integrationsplan verabschiedet, der sich ebenfalls explizit mit dem Thema Bildung und der Bedeutung der Eltern für den Bildungserfolg ihrer Kinder befasst. Auf der Basis dieses Integrationsplans veröffentlichte die Kultusministerkonferenz gemeinsam mit Migrantenverbänden die Erklärung „Integration als Chance – gemeinsam für mehr Chancengerechtigkeit“.

"Migration and Education" was on the agenda of the KMK as far back as 2002, when the report "Immigration" was published, dealing with the immigrants' situation. It also contained first ideas on the integration and support of children and young people with a background of (im)migration. The report was edited and updated in 2006. In the same year the KMK and the Federal Ministry of Education and Research (BMBF) produced an initial educational report focussing on "Education and Migration". In 2007, the National Integration Plan followed, explicitly dealing with education and the importance of the parents' role, on the basis of which the KMK, in concert with the (im)migrants' associations, issued a declaration entitled "Integration as an opportunity – working together towards equality of opportunity". (Nationaler Integrationsplan, ed. The Official German Press Office, Berlin, July 2007.

➔ [www.kmk.org/bildung-schule/allgemeine-bildung/migrationintegration.html](http://www.kmk.org/bildung-schule/allgemeine-bildung/migrationintegration.html))

Gemeinsame Erklärung „Integration als Chance – gemeinsam für mehr Chancengerechtigkeit“ 13.12.2007, hrsg. vom Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder  
 ➔ [www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2007/2007\\_12\\_13-Integration-als-Chance.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_12_13-Integration-als-Chance.pdf)

### **Gibt es auf Schulebene Maßnahmen zur Förderung bestimmter Schüler (Migranten, ethnische Minderheiten)?**

Entsprechend den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zielen in den Bundesländern verschiedene Maßnahmen darauf ab, Kinder mit Migrationshintergrund bereits vor Schuleintritt zu fördern.

#### **Sprachstandsfeststellungen und Vorschulische Sprachförderung**

Die Bildungspläne für den Elementarbereich messen der Unterstützung der sprachlichen Entwicklung vorrangige Bedeutung zu. Sprachstandsfeststellungen im letzten Kindergartenjahr oder bei der Schulanmeldung dienen dazu, die spezifischen Stärken und Schwächen der Kinder auf diesem Gebiet zu analysieren. Alle Bundesländer bieten auch Programme und Initiativen auf Schulebene zur Vorschulischen Sprachförderung und Sprachförderung von Migranten an. Jedoch sind nicht alle Schulen in der Lage, spezielle Sprachkurse für Migrantenkinder einzurichten. Die Gründe hierfür sind meist Lehrermangel und/oder organisatorische Probleme.

#### **Brückenjahr und Flexibilisierung der Einschulungsphase**

Um dem Recht jedes Kindes auf Erziehung und Bildung gerecht werden zu können, müssen Elternhaus, Kindertageseinrichtungen und Schulen eng zusammenarbeiten. Grundlagen für ein lebenslanges selbst gesteuertes Lernen werden neben dem Elternhaus in der Kindertageseinrichtung gelegt. Damit sie in der Grundschule weiter gefestigt und ausgebaut werden können, müssen Kindergarten und Grundschule miteinander ins Gespräch kommen und zu einem gemeinsamen Bildungsverständnis gelangen.

Niedersachsen - Ziel des Projektes "Brückenjahr" ist es, alle Kinder vor der Einschulung bestmöglich zu fördern, so dass sie ihren im Kindergarten begonnenen individuellen Lernprozess in der Grundschule ohne Bruch fortsetzen können. Dazu sollen die Fähig- und Fertigkeiten der Kinder 15 Monate vor Einschulung ermittelt werden und im Anschluss daran Förder- und Fördermaßnahmen durchgeführt werden.

50 Beratungsteams aus KiTa-Fachkräften und Grundschullehrkräften koordinieren ab 1. August 2007 die Zusammenarbeit von Kindergärten und Schulen.

Landesweit wurden bisher ab dem 1. August 2007 ca. 250 Modellprojekte zur Förderung der Vorschulkinder finanziell und personell unterstützt. Gemeinsam werden Fachkräfte aus dem Elementar- und dem Primarbereich weiterqualifiziert.

#### **Gesetzliche Grundlagen:**

##### **Kindertageseinrichtungen**

»Die Tageseinrichtung soll mit solchen Einrichtungen ihres Einzugsbereichs, insbesondere mit den Grundschulen, zusammenarbeiten, deren Tätigkeit im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Tageseinrichtung stehen.« § 3 Abs. 5 Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (KITaG).

»Notwendig ist die Übereinkunft zwischen Kindertagesstätte und Grundschule, dass Eltern selbstverständlich einbezogen werden müssen. Gegenseitige Wertschätzung sowie grundlegende gemeinsame Positionen und Leitvorstellungen, die im Kontakt mit den Eltern realisiert werden, sind für die Elternarbeit unerlässlich.«

Orientierungsplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich niedersächsischer Tageseinrichtungen für Kinder (2005)

## Grundschulen

»Die Grundschule arbeitet mit den Erziehungsberechtigten, dem Kindergarten und den weiterführenden Schulen zusammen«. § 6 Abs. 1 Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG)

»Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf:

- gegenseitige Informationen und Abstimmung über Ziele, Aufgaben, Arbeitsweisen und Organisationsformen der jeweiligen Bereiche
- Verständigung über elementare Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die eine Grundlage für die Arbeit in der Grundschule darstellen
- regelmäßigen Austausch über Fragen im Zusammenhang mit dem Übergang vom Kindergarten in die Grundschule
- wechselseitige Hospitationen
- gemeinsame Veranstaltungen und Projekte
- gegenseitige Besuche von Kindergartengruppen und Schulgruppen sowie
- gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen.«Nr. 3 im Erlass »Die Arbeit in der Grundschule« vom 03.02.2004.

## Flexibilisierung der Schuleingangsphase

Viele Bundesländer haben die flexible Schuleingangsphase eingeführt.

Die Flexibilisierung der Einschulungsphase ist ein bundesweit anerkanntes Instrument um den immer größer werdenden Unterschied im Vorwissen der Grundschüler auszugleichen. Die flexible Schuleingangsphase gehört zu den zentralen Empfehlungen der Kultusministerkonferenz. Zudem soll der wachsende Trend, dass immer mehr Eltern ihre Kinder von der Schule zurückstellen lassen, gestoppt werden. Die flexible Schuleingangsphase wurde 2003 in den Ländern Brandenburg, Schleswig-Holstein, Thüringen und Berlin eingeführt. Seit 2005 gibt es die flexible Schuleingangsphase auch in Nordrhein-Westfalen.

Ziel der Schuleingangsphase ist es, alle schulpflichtigen Kinder eines Jahrgangs in die Grund-

schule aufzunehmen. In der Schuleingangsphase sollen nämlich langsam lernende Schüler und solche, die schnell lernen, individuell und gezielt gefördert werden. Ein weiterer entscheidender Vorteil der neuen jahrgangsübergreifenden Schuleingangsphase: Die Kinder bleiben in festen Gruppen. Weder überspringen sie einzeln eine Klasse, wenn sie besonders zügig lernen, noch bleiben sie allein sitzen, wenn ihr Lerntempo etwas langsamer ist. Leistungsstarke Erstklässler können schon mit den Zweitklässlern arbeiten, leistungsschwächere Zweitklässler manches aus der 1. Klasse noch einmal wiederholen. Zudem zeigen Erfahrungen mit jahrgangsübergreifenden Gruppen, dass die Schulanfänger von ihren älteren Mitschülern vieles lernen, was zur Organisation des Schulalltages gehört. Und die Älteren profitieren davon, wenn sie den Jüngeren etwas erklären.

## Grundstruktur des deutschen Schulsystems

Gemäß der deutschen Verfassung liegt die Rechtshoheit im Bereich Schule und Bildung bei den jeweiligen 16 Landesregierungen. Die Verwaltung der Schulen und die Bildungsziele aller Schulformen liegen ebenfalls in der Verantwortung der 16 Länder. Jede Schule legt ihre eigenen Ziele, Schwerpunkte und Organisationsformen auf der Grundlage bereits existierender Rahmenbedingungen und Curricula fest. Das jeweilige Schulprogramm bildet die Basis der gemeinschaftlichen Arbeit.

Die Schulpflicht in Deutschland setzt ein bei einem Alter von 6 Jahren und endet bei einem Alter von 18 Jahren. Alle Schüler besuchen bis einschließlich Klasse 4 eine Grundschule. Daran anschließend können sie, je nach ihrem Leistungsvermögen in der Grundschule, vier unterschiedliche Wege beschreiten: Sie besuchen eine Hauptschule, eine Realschule, ein Gymnasium oder eine Gesamtschule (siehe unten).

Der Abschluss kann an einer *Hauptschule* in Klasse 9 oder 10 und an einer *Realschule* in Klasse 10 erreicht werden. Schüler einer Gesamtschule können in Klasse 9 oder 10 ihren Hauptschul- bzw. Realschulabschluss oder in Klasse 13 den Gymnasialabschluss erhalten. Haupt- und Realschulabgänger beginnen dann eine Berufsausbildung an einer Berufs- oder Fachsekundarschule, Gymnasialschüler gehen weitere drei (künftig zwei) Jahre zur Schule, um ihre Abiturprüfung abzulegen, die sie zum Hochschulstudium berechtigt.

Die *Grundschule* vermittelt vor allem Fähigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen. Darüber hinaus gibt es auch kreativ oder technisch ausgerichtete Fächerangebote, wie z. B. Musik, Sport, Kunst oder Werken. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Stärkung des sozialen Lernens.

Die *Hauptschule* vermittelt vor allem praktische Fähigkeiten und richtet sich an Schüler mit entsprechenden Schwerpunkten. Mittlerweile ist die Hauptschule mehr oder weniger Auffangbecken für sozial benachteiligte Schüler bzw. Schüler mit Migrationshintergrund.

Die *Realschule* bildet vor allem praktisch und theoretisch veranlagte Schüler für Berufe aus den Bereichen Handel, Technik und Verwaltung aus.

Das *Gymnasium* bildet vorrangig Schüler mit theoretischen Schwerpunkten aus, die einmal an einer Hochschule studieren werden. De facto besuchen aber nur 50% aller Schüler nach Abschluss des Gymnasiums eine Hochschule.

Die *Gesamtschule* umfasst in der Regel die traditionellen Schularten Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Es gibt zwei Arten von Gesamtschulen: die integrierte und die kooperative Gesamtschule.

Deutsche Schulen sind überwiegend Halbtags-

schulen. Nur eine vergleichsweise geringe Anzahl von Schülern besucht derzeit eine Ganztagschule. Inzwischen werden jedoch die Länder durch finanzielle Zuschüsse seitens der Bundesregierung bei der Gründung neuer Ganztagschulen unterstützt.

⇒ [www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-08-30-nationaler-integrationsplan,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-08-30-nationaler-integrationsplan,property=publicationFile.pdf)

### Auf regionaler Ebene

“Elternlotsen” – ein Projekt zur Qualifizierung von Eltern mit Migrationshintergrund in Niedersachsen (siehe detaillierte Beschreibung unten).

### Auf kommunaler Ebene

“Rucksackprojekt” – Sprachförderung und Elternarbeit im Kindergarten und in der Grundschule in verschiedenen, Bundesländern (⇒ [www.raa.de/raa.html](http://www.raa.de/raa.html))

### Auf Schulebene

COMENIUS Netzwerk MIR (Migration und interkulturelle Beziehungen) Gespräche zwischen Eltern und Lehrern in Zusammenarbeit mit dem Türkischen Elternverein ⇒ [www.ottowels.cidsnet.de/comenius.html](http://www.ottowels.cidsnet.de/comenius.html))

### Zielgruppen

Die Mehrheit der Projekte zur Elternmitarbeit bezieht sich allgemein auf alle Eltern. Es gibt jedoch bereits spezielle Projekte zur Mitarbeit von Eltern mit Migrations- und oder ethnischen Hintergrund. Da Eltern mit einem ethnisch türkischen oder russischen Hintergrund die zahlenmäßig größte Gruppe unter den Migranteltern in Deutschland darstellen, gibt es bereits eine Reihe von Projekten, die darauf abzielen, Eltern dieser ethnischen Gruppen für die Elternmitarbeit zu motivieren.

## Initiatoren

Projekte zur Elternmitarbeit werden meist initiiert von Bildungseinrichtungen und Behörden auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene:

- Gemeindebehörden
- Kirchnahe Organisationen
- Migranten- und Wohlfahrtsverbände
- Schulen und Universitäten
- Wohlfahrtsverbände

Die Vielzahl der Akteure ist ein positives Zeichen für den breiten gesellschaftlichen Konsens darüber, dass für die Stärkung der Erziehungskompetenz von Familien mit Migrationshintergrund nicht alleine Schulen zuständig sind bzw. sein können.

Die Maßnahmen und Aktivitäten basieren in vielen Bereichen auf Erfahrungen und Vorarbeiten, die im Rahmen verschiedener EU-Projekte, Förderprogramme und Modellversuche gesammelt wurden. Allerdings liegen keine Informationen über die Reichweite und Nachhaltigkeit der Programme vor. Die in den einzelnen Bundesländern durchgeführten Maßnahmen und Programme lassen sich den folgenden Schwerpunkten zuordnen:

- Verstärkung der Elterninformationen über die Bildungsmöglichkeiten, um einen gleichberechtigten Informationsfluss über Chancen und Möglichkeiten der Bildungsteilhabe sicherzustellen. Dazu sollen auch die Möglichkeiten der Informationsweitergabe durch Medien nichtdeutscher Sprache genutzt werden.
- Insbesondere an „Nahtstellen“ kommt der Beratung mit Eltern hohe Bedeutung zu (z.B. Schulanfang, Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen, Eintritt in Beruf und Fördermaßnahmen sowie Schullaufbahnberatung und Betreuungsangebote).
- Einbeziehung der Eltern in die Sprachförderung durch Ausbau der Sprachlernmöglichkeiten für

Eltern mit Migrationshintergrund.

- Förderung der Erziehungskompetenz durch Einrichtung von Elternkursen, „Elternakademien“ oder durch vergleichbare Angebote im Sinne der besseren Integration, aber auch unter dem Gesichtspunkt einer besseren Einbindung der Eltern in das Schulleben.
- Stärkung der Mütter als Erziehungsexpertinnen: Folgewirkungen frühkindlicher Bildung in Kindertageseinrichtungen, Kenntnisse über den Spracherwerb und Verständnis für die sprachlichen Bedürfnisse ihrer Kinder, Lesempfehlungen für Literatur in den jeweiligen Herkunftssprachen, Hinweise für eine kindgerechte Mediennutzung geben.

Diese Schwerpunkte entsprechen den Zielsetzungen, wie sie im 2007 verabschiedeten „Nationalen Integrationsplan“ und der darauf basierenden gemeinsame Erklärung von Kultusministerkonferenz und Migrantenverbänden „Integration als Chance – gemeinsam für mehr Chancengerechtigkeit“ formuliert wurden.

## Elternmitarbeit und interkulturelles Lernen in der Lehreraus- und Fortbildung

Elternmitarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Lehrerbildung. Die Zusammenarbeit mit Eltern ist auch in der Prüfungsordnung von Lehramtsstudenten enthalten. Im Rahmen ihrer Ausbildung werden Lehramtsstudenten beispielsweise darauf vorbereitet, wie Gespräche mit Eltern zu führen sind. (↪ [www.kmk.org/doc/beschl/Elternhaus\\_und\\_Schule\\_04\\_12.pdf](http://www.kmk.org/doc/beschl/Elternhaus_und_Schule_04_12.pdf)).

Lehrerfortbildungsinstitute aller Bundesländer bieten regelmäßig Kurse für Lehrer aller Schulformen zu verschiedenen Aspekten der Elternmitarbeit an, z. B. „Förderung der Elternkompetenz“, „Kommunikationsstrategien und Konfliktmanagement“. Es gibt auch bereits Kurse zur Kooperation mit Migrantenern.

## **Detaillierte Beschreibungen ausgewählter Projekte, Maßnahmen oder Initiativen zur Förderung von Elternmitarbeit**

### **Elternlotsen**

“Elternlotsen” ist ein aus zwei Modulen bestehendes Konzept, das auf erfolgreichen Elternprojekten basiert, die in den Landkreisen Schaumburg und Osnabrück durchgeführt wurden. Eine weitere Grundlage bildete das Kulturdolmetscher-Projekt des Instituts für angewandte Kulturforschung, Göttingen. Ziel des Projekts ist die Qualifizierung von Multiplikatoren, insbesondere mit Migrationshintergrund, deren Aufgabe darin besteht, mehr Eltern mit Migrationshintergrund in den Schulalltag einzubeziehen. Das Projekt “Elternlotsen” wurde von der bilateralen deutsch-türkischen Arbeitsgruppe im Niedersächsischen Kultusministerium initiiert und wird aus Mitteln des Niedersächsischen Innenministeriums finanziert.

Viele Eltern mit Migrationshintergrund sind bereit sich intensiver in den Schulalltag einzubringen und mit der Schule zu kooperieren, verhalten sich aber eher passiv, da ihre eigenen Erfahrungen nicht mit den pädagogischen Ansätzen in Deutschland korrespondieren. Mitunter fühlen sie sich aber auch nicht willkommen bzw. nicht akzeptiert. Die Qualifizierung von Eltern mit Migrationshintergrund für die aktive Kooperation mit Schule im Rahmen einer gemeinsamen Initiative mit verschiedenen Migrantorganisationen soll Eltern mit Migrationshintergrund motivieren sich stärker zu engagieren. Dafür sollen Hemmschwellen überwunden und neue Formen einer kulturell orientierten Kooperation gefunden werden.

### **Ziele**

Das Hauptziel des Projekts ist es, die Anzahl von Eltern mit Migrationshintergrund in Schul- und

Kindergartengremien zu erhöhen und ihre Erziehungskompetenz zu verbessern.

Ein weiteres Ziel ist der Erfahrungsaustausch mit Migrantenern, der sie befähigen soll, eigene Vorstellungen und Erfahrungen von Erziehung zu reflektieren. Ferner sollen Schulen und Kindergärten für einen interkulturellen Dialog geöffnet und neue Ansätze für interkulturelle Mediation entwickelt werden.

### **Durchführung**

Die Qualifizierung von “Elternlotsen” ist ein aus zwei Modulen bestehender Kurs, der im Hinblick auf die Kompetenzen und Bedürfnisse der zu qualifizierenden Gruppe konzipiert wird. Alle Maßnahmen werden in einem Netzwerk zusammen mit lokalen Institutionen und Fachkräften wie Fremdsprachenlehrer, Experten für interkulturelle Erziehung, Sozialarbeiter etc. durchgeführt.

*Modul 1* ist ein aus 13 Seminaren (vier Tagesseminare, neun Kursabende, 64 Unterrichtseinheiten insgesamt) bestehender Kurs, der von einem Expertenteam (s. o.) geleitet wird. Der Schwerpunkt liegt bei Themen wie der Reflexion eigener Migrations- und Integrationserfahrungen, der Behandlung von Migrant- und Schulgesetzen, interkultureller Mediation, Kommunikationsmodellen, Konfliktmanagement etc.

*Modul 2* ist ein Spezialisierungskurs bestehend aus 36 Unterrichtseinheiten, der auf die Qualifizierung spezieller Elternlotsen (hier: Elternlotsen mit türkischem Hintergrund) ausgerichtet ist. Der Grundkurs (Modul 1) wurde 2007 erfolgreich durchgeführt, der Spezialisierungskurs mit Schwerpunkt Qualifizierung von Elternlotsen mit türkischem Hintergrund zur Kooperation mit Eltern aus dem türkischen Sprachraum (Modul 2) ist für 2008 geplant und beinhaltet für türkische Migranten relevante interkulturelle Aspekte (⇒ [www.arkadas-hannover.de/frame.htm](http://www.arkadas-hannover.de/frame.htm)).

## Aufsuchende Elternarbeit – Eine lokale Initiative für Russlanddeutsche

Das Projekt „Aufsuchende Elternarbeit“ wurde von der Haupt- und Realschule Pingel Anton in Cloppenburg entwickelt und setzt sich zum Ziel Kindern den Übergang von der Grund- in die Hauptschule durch eine verstärkte Einbindung von Eltern zu erleichtern, die noch nicht mit der Schule kooperiert haben. Zu Schuljahresbeginn wird ein Drei-Stufen-Programm gestartet, das Besuche der Lehrer in den Elternhäusern der Schüler als Schwerpunkt hat – eine derzeit außergewöhnliche Maßnahme im deutschen Schulsystem.

Cloppenburg im Nordwesten Niedersachsens ist die „jüngste“ Stadt Deutschlands mit einer hohen Zahl an jungen Einwohnern und einer ganz spezifischen Struktur: Mehr als 30% der Einwohner kommen aus der ehemaligen Sowjetunion. Diese so genannten Russlanddeutschen, deren Vorfahren im 18. Jahrhundert nach Russland emigrierten, sind meist Baptisten, die völlig andere Vorstellungen von Kindererziehung und Schule haben als ihre in Deutschland aufgewachsenen Mitbürger.

In der Regel haben diese Migranten keinen Anteil am Schulleben, d. h. sie sind in Schulgremien, Klassen- oder Schulkonferenzen sowie Elternverbänden nicht präsent. Lehrer der Haupt- und Realschule Pingel Anton klagten, dass es ihnen selbst bei gravierenden Schulproblemen nicht gelungen ist, den Kontakt zu den Eltern dieser Schüler herzustellen.

In einigen der Familien ist Russisch noch immer Muttersprache, d.h. Deutsch wird kaum gesprochen.

### Ziele

Der Übergang von der Grund- zur Hauptschule stellt eine kritische Phase für zehnjährige Schüler dar: Sie müssen sich an ein neues und größeres Schulgebäude, einen veränderten Schulweg, neue Mitschüler, höhere Leistungsanforderungen u. a. gewöhnen. Vielen Schülern fällt es schwer sich

diesen Herausforderungen zu stellen. Das Projekt „Aufsuchende Elternarbeit“ setzt sich zum Ziel eine Brücke zwischen Schule und Elternhaus zu bauen, um Schülern dabei zu helfen die Barrieren zwischen ihren Familien und der Schule zu überwinden. Das vorrangige und relativ einfache Ziel ist es, Mütter und Väter dazu zu motivieren die Schule angstfrei zu betreten.

### Durchführung

Das Cloppenburger Projekt „Aufsuchende Elternarbeit“ besteht aus drei Stufen:

#### Stufe 1

Alle Eltern von neu eingeschulten Fünftklässlern erhalten von der Schule einen Brief, der sie über einen Lehrerbesuch bei ihnen zu Hause informiert. Diese Besuche finden in der Regel innerhalb der ersten vier Wochen des neuen Schuljahres statt. Sie dauern etwa eine Stunde und haben einen informellen Charakter. Die zentrale Botschaft ist: Lasst uns gemeinsam versuchen, das Beste für unser Kind zu tun.

Wie die Erfahrungen zeigen, werden diese Besuche von den betreffenden Eltern sehr geschätzt, obwohl es anfangs einige Verwirrung hinsichtlich dieser Initiative gab. In manchen Fällen übernimmt ein russisch sprechender Sozialarbeiter diese Besuche, da Lehrer allgemein darüber klagen, dass sie zu Beginn des Schuljahres zu viele Verpflichtungen haben.

#### Stufe 2

Die Schule organisiert ein gemeinsames Schulwochenende für Eltern, Schüler, Lehrer und Sozialarbeiter. Die Angebote umfassen Zeltlager für übernachtende Schüler, Eltern-Lehrer Workshops, Ausstellungen und Schulbesichtigungen. Es werden kostenlose Mahlzeiten angeboten, aber auch Sing-, Tanz- und andere Freizeitaktivitäten. In speziellen Workshops werden weitere gemeinsame Aktionen wie z.B. Ausflüge für das gesamte Schuljahr geplant. Darüber hinaus werden Vereinbarungen für eine enge Zusammenarbeit von Eltern und Lehrern, insbesondere bei gravierenden Problemen von Schülern, getroffen.



### Stufe 3 (geplant)

Die Haupt- und Realschule Pingel Anton soll zur Ganztagschule umfunktioniert werden (normalerweise endet in Deutschland der Unterricht gegen 13 Uhr) und zusätzliche Nachmittagsangebote offerieren. In diesem Zusammenhang werden viele Eltern eine aktive Rolle übernehmen: sie können beispielsweise mit den Schülern kochen, Workshops veranstalten, Sportgruppen leiten, Ausflüge organisieren oder aber Hausaufgaben betreuen. Obwohl diese neue Initiative von der Schulleitung sehr begrüßt wird, sind einige Eltern noch immer zögerlich und müssen durch praktische Beispiele starker motiviert werden.

### Kooperation zwischen Schule und Eltern und Autonomie von Schule (COSPRAS)

COSPRAS wurde als COMENIUS Projekt initiiert und von der Universität Bremen in Zusammenarbeit mit Universitäten und Bildungseinrichtungen in Spanien, Italien, Großbritannien sowie Europa Projektschulen in Bremen koordiniert. Das Hauptziel des Projekts liegt darin, die Rolle der Eltern neu zu definieren und die Beziehung zwischen Schule und Eltern durch wirkungsvolle interaktive Materialien in der Lehreraus- und Fortbildung zu verbessern

⇒ [www.s-hb.de/~cospras/MatBremen.htm](http://www.s-hb.de/~cospras/MatBremen.htm)

Die Aufgabe der Eltern im Bereich Schulmanagement und Schulentwicklung war bisher nicht eindeutig definiert. Auch wenn die Schulpolitik eine verstärkte Elternmitarbeit (z.B. in Schulgremien) vorsieht, haben Kontakte zwischen Eltern und Schulen im Schulalltag einen eher formalen Charakter und nur wenige Eltern werden in entsprechende Prozesse einbezogen. Eltern werden meist als Kunden statt als verantwortliche Partner, Experten, Mitgestalter oder Evaluatoren von Schule gesehen. Dies führt dazu, dass eine Vielzahl von Möglichkeiten der aktiven und kreativen Beteiligung von Eltern am Schulalltag vernachlässigt wird.

### Ziele

Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, durch "best practice" Beispiele zu zeigen, wie Schule mit Eltern kooperieren kann, um die Verantwortung von Kindern für das eigenverantwortliche Lernen zu fördern und wie dieses Ziel im System Schule umgesetzt werden kann.

Schließlich soll definiert werden, welche Maßnahmen für ein gutes Verhältnis zwischen Schule und Elternhaus erforderlich sind und wie man berufliche und persönliche Einstellungen von Lehrern durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen verändern kann. Mit der durch Lehrerfortbildung unterstützten Verbesserung der Kooperation zwischen Eltern und Schule intendiert das Projekt hauptsächlich eine Stärkung der Mitarbeit von bildungsfernen Eltern bzw. von Eltern mit Migrationshintergrund.

### Durchführung

COSPRAS Bremen hat sich zur Aufgabe gemacht, Materialien für die Lehreraus- und Fortbildung zu entwickeln, um die Kooperation von Eltern und Schule zu fördern und zu verbessern. Das Projekt hat folgende Schwerpunkte:

- Förderung der Kooperation zwischen Eltern und Schulen
- Zusammenarbeit mit Eltern im Rahmen einer innovativen Lehrerfortbildung
- Beteiligung von Eltern in der Schule als Experten für die Bereiche Arbeit und Beruf
- Eltern in der Grundschule – Beteiligung und langfristige Partnerschaft

Lehramtsstudenten nehmen an einem sechsmonatigen Schulpraktikum teil, in dessen Verlauf sie eng mit allen an der Qualitätsverbesserung von Schule Beteiligten (Eltern, Lehrer etc.) zusammenarbeiten. Sie werden durch eigens hierfür konzipierte Module dafür ausgebildet, die Mitarbeit von Eltern in der Schule sowie die Kommunikation zwischen Eltern und Schule zu verbessern. Darüber hinaus lernen sie Netzwerke zwischen Eltern, Schule und Universität einzurichten.

Ein Beispielmodul, das in der Lehrerbildung benutzt wird, ist ein Rollenspiel mit dem Schwerpunkt „Mitarbeit von Eltern als Experten für Arbeit und Beruf in Handwerks-, Design-, und Technologieworkshops oder Projekten“  
(⇒ [http://www.s-hb.de/~cospras/material\\_bremen/CosModul2-Dateien/frame.htm](http://www.s-hb.de/~cospras/material_bremen/CosModul2-Dateien/frame.htm)).

## Presseberichte

Elternmitarbeit ist ein aktuelles und ständig wiederkehrendes Thema in den deutschen Massenmedien. In den vergangenen Wochen haben viele überregionale deutsche Zeitungen Artikel über Elternmitarbeit veröffentlicht.

Beispiele:

- “Wo machst du deine Hausaufgaben?” - Lehrer besuchen ihre Schüler zu Hause, um sie so besser beurteilen zu können. (DIE ZEIT, 10.01.2008 Nr. 03)
- “Hilfe für Eltern vor der Notlage” – Neues Konzept für Familien in Not. (Frankfurter Rundschau, 19.01.2008)
- “Elterngespräch soll Pflicht werden” - Lehrer müssen Eltern schwieriger Schüler zumindest einmal jährlich zu einem Gespräch einladen. (Süddeutsche Zeitung, 15.01.2008)

---

## sueddeutsche.de

---

Neue Regelung an Schulen

### Elterngespräch soll Pflicht werden

Von Christine Burtscheidt

**Nach dem Willen von Kultusminister Schneider soll Lehrern, die mit schwer erziehbaren Jugendlichen zu tun haben, bald ein neues Mittel an die Hand gegeben werden: Verpflichtende Elterngespräche.**



*Schüler zeigen ihre Zeugnisse. Mehr Kommunikation zwischen Lehrern und Eltern soll nun Pflicht werden.*

(Foto: dpa)

Kultusminister Siegfried Schneider will künftig das Elterngespräch zur Pflicht machen. Zumindest einmal im Jahr sollen sie in der Schule ihrer Kinder erscheinen. "Es gibt nicht nur Elternrechte, sondern auch Elternpflichten", kündigte der Minister an.

Damit soll vor allem den Lehrern ein Mittel an die Hand gegeben werden, die mit schwer erziehbaren Jugendlichen zu tun haben. Weigern sich Eltern nachhaltig, der Pflicht nachzukommen, sollen Schulleitungen auch das Jugendamt einschalten können.

Das Thema war bereits Gegenstand im Ministerrat und versteht sich als Teil des Maßnahmenkatalogs der Staatsregierung zur Jugendgewaltprävention. Das Kultusministerium will dazu nun die erforderliche rechtliche Grundlage schaffen. Ob es tatsächlich zu einem Pflichtgespräch kommen wird, ist jedoch fraglich, denn bei Eltern und Lehrern stößt der Vorschlag auf Ablehnung.

"Beim Jugendamt die Eltern anzuschwärzen, kann nicht der richtige Weg sein", sagt Thomas Lillig, Vorsitzender der Landeselternvereinigung an bayerischen Gymnasien. Es bringe auch nichts, die Probleme auf eine Behörde abzuwälzen, die keine Kompetenzen habe. Statt eines "Zwangsgesprächs" rät er zur vertrauensvollen Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe. Gebe es Probleme, sollten sie den Eltern gegebenenfalls schriftlich mitgeteilt und diese dann zu einem Einzelgespräch eingeladen werden.

Auch Isabell Zacharias vom bayerischen Elternverband fordert eine "Kultur des Miteinanders" zwischen Eltern und Lehrern und hält nichts von verpflichtenden Elterngesprächen unter Androhung der Einschaltung des Jugendamts. "Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, ist es bereits zu spät." Skeptisch äußern sich auch Lehrer. "Wir brauchen an den Schulen gerade die Eltern, die nicht kommen", sagt der Vorsitzende des Realschullehrerverbands, Anton Huber. Doch hat er Zweifel, ob ein Zwangsgespräch pädagogisch sinnvoll ist. Da sei der Ausgang schon programmiert.

(SZ vom 16.01.2008/grc)

#### Presseartikel Hannoversche Allgemeine Zeitung

**Elisabeth Heister-Neumann: "Die Verzahnung von frühkindlicher und schulischer Bildung gelingt"**

## Bilanztagung des Projekts "Brückenjahr" mit 600 Teilnehmern

Hannover, 26.11.2008

"Das Brückenjahr ist ein beeindruckender Erfolg. Das zeigen bereits die Zwischenergebnisse nach nur einem Jahr", sagte die Niedersächsische Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann anlässlich der beiden Tagungen zum Projekt "Das letzte Kindergartenjahr als Brückenjahr zur Grundschule" in dieser Woche in Hannover. "Wie auch in der Qualifizierungsinitiative gefordert, wollen wir mit dem Projekt eine Verzahnung von frühkindlicher und schulischer Bildung erreichen und den Jüngsten den Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule erleichtern. Die Bilanz des Brückenjahres` nach einem Jahr zeigt: Dies gelingt. Kinder empfinden Schule von Anfang an als selbstverständlich, verlieren Berührungsängste, fassen Vertrauen und gewinnen Selbstvertrauen", sagte die Kultusministerin.

Am Dienstag und Mittwoch haben sich zunächst die landesweit 48 Beratungsteams zu einer Arbeitstagung in Hannover getroffen. Am morgigen Donnerstag (27. November) schließt sich dann die große Bilanztagung im Hannover Congress Centrum an, an der auch Vertreter der Modellprojekte teilnehmen. Insgesamt werden morgen mehr als 600 Grundschullehrkräfte und Fachkräfte aus Kindertagesstätten über die Fortschritte des "Brückenjahrs" diskutieren. Zu den Schwerpunkten der Bilanztagung zählen die Chancen und Bedingungen für eine gelingende Zusammenarbeit mit den Eltern. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erörtern beispielsweise die Einbindung von Eltern in den Bildungsalltag sowie die gezielte Ansprache von Vätern und Müttern mit Migrationshintergrund.

In ganz Niedersachsen beteiligen sich 251 Grundschulen und 490 Kindertagesstätten an dem im August 2007 begonnenen Projekt "Brückenjahr". Gemeinsam werden jeweils entsprechend den Gegebenheiten vor Ort Förderangebote für Kinder im letzten Kindergartenjahr sowie ein gemeinsames Bildungsverständnis entwickelt. Das Land Niedersachsen fördert das Projekt über vier Jahre mit insgesamt 20 Millionen Euro.

## Nützliche Links

EU Projekt INNOCENT – Bayern

➔ [www.innocent-project.eu](http://www.innocent-project.eu)

➔ [www.km.bayern.de/km/lehrerinfo/infoboerse/fortbildungen/meldung/07314/index.asp](http://www.km.bayern.de/km/lehrerinfo/infoboerse/fortbildungen/meldung/07314/index.asp)

EU Projekt TICKLE – Offenburg

➔ [www.tickle-project.eu](http://www.tickle-project.eu)

COPASCH – Brandenburg

➔ [www.zusammenarbeit-eltern-schule.de](http://www.zusammenarbeit-eltern-schule.de)

## Glossar

*Grundschule* > primary school (grades 1-4)

*Hauptschule* > secondary modern school (grades 5-9/10)

*Realschule* > secondary modern school with higher secondary education (grades 5-10)

*Gymnasium* > grammar school (grades 5-13)

*Gesamtschule* > comprehensive school (grades 5-13/1-13)

*Fachoberschule* > vocational college

*Abitur* > A-level

---

## Germany



Niedersächsisches Landesamt für  
Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)

**Rolf-Peter Berndt**

✉ [berndt@nils.nibis.de](mailto:berndt@nils.nibis.de)

---